HANDELSPOLITIK

Wir werden überrollt

Die europäischen Omnibusgesetze und ihre Folgen für Menschenrechte, Umweltschutz und Verbraucher*innen

PowerShift

Anders Handeln · attac · CBG · Forum Umwelt und Entwicklung · Kettensäge stoppen! · PAN Germany Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.

attac · FIAN · GLOBAL 2000 · LOBBY CONTROL

Inhalt

3 Einleitung

5 Konzerne kapern europäische Gesetzgebung

8 Unter die Räder gekommen – die Omnibusflotte im Detail

9 Omnibus-Paket I: Nachhaltigkeit

10 Omnibus-Paket II: EU-Investitionen

11 Omnibus-Paket III: Gemeinsame Agrarpolitik

12 Omnibus-Paket IV: Kleine Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung sowie Digitalisierung

13 Omnibus-Paket V: Verteidigungsbereitschaft

14 Omnibus-Paket VI: Chemikalien

15 Omnibus-Paket VII: Digitales

16 Omnibus-Paket VIII: Umwelt

17 Omnibus-Paket IX: Automobilindustrie

18 Omnibus-Paket X: Sicherheit von Lebens- und Futtermitteln

19 Und der Omnibus rollt weiter...

20 Die Omnibusflotte kapern

21 Quellenverzeichnis

Impressum

Wir werden überrollt: Die europäischen Omnibusgesetze und ihre Folgen für Menschenrechte, Umweltschutz und Verbraucher*innen

Herausgeber
PowerShift e.V.
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin, Deutschland
+49 30 42805479
info@power-shift.de
https://power-shift.de/impressum

Mitherausgeber
Anders Handeln Österreich, ATTAC Deutschland, ATTAC Österreich, Coordination gegen BAYER-Gefahren, die Bürokratiemonster, FIAN Deutschland, Forum Umwelt & Entwicklung, GLOBAL 2000, Kettensäge stoppen!, LobbyControl, und das Pesticide Action Network Deutschland (Die Unterstützung des Briefings von PAN Germany bezieht sich auf den Beitrag zum „Omnibus-Paket X: Sicherheit von Lebens- und Futtermitteln“)

Autorin: Bettina Müller

Redaktion: Alessa Hartmann

Wir bedanken uns außerdem bei Gertrud Falk (FIAN), Nina Katzemich (LobbyControl), Susanne Smolka (PAN Deutschland) und Magdalena Pitzer (Kettensäge stoppen!) für die wertvollen Kommentare und Hinweise zu dieser Veröffentlichung.

Layout: Chris Freeman (conductdesign.com)

Eingetragen beim Registergericht AG Charlottenburg, VR 29859 B

Berlin, Juli 2026

Alle Links in den Endnoten wurden am 08.07.2026 auf Gültigkeit überprüft.

Titelbild: Dini Maulidya / Pexels.com

Einleitung

Bild: Guillaume Périgois / Unsplash.com

Europäische Gesetze und Schutzstandards werden derzeit von einer Omnibusflotte überrollt. Auf dem Prüfstand steht alles: Gesundheits- und Verbraucher*innenschutz, Umwelt- und Klimaschutz, Arbeitsstandards, Menschenrechte in der Lieferkette und der Schutz persönlicher Daten im digitalen Raum. Kein Bereich des gesellschaftlichen Lebens ist vor den Omnibussen sicher. Erst kürzlich kam das europäische Lieferkettengesetz unter die Räder. Etwas mehr als 3000 Unternehmen sind jetzt noch von dem Gesetz betroffen, vorher waren es knapp doppelt so viele.[1] Die Ahndung von Menschenrechtsverletzungen in der Lieferkette von Unternehmen mit Sitz in der Europäischen Union (EU) wurde erschwert.

Die sogenannten Omnibus-Pakete zur gleichzeitigen Änderung, und in diesem Fall Abschwächung, vieler Gesetze und Regeln werden von der Europäischen Kommission ausgearbeitet. Der von ihr genannte Grund: die übermäßige Regulierung und zu strenge Berichtspflichten würden die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen bedrohen. Ihre Medizin: Tausende EU-Gesetze, Regelungen und Pflichten, das sogenannte „EU-Acquis“, sollen einem „*Stresstest*“ unterzogen werden, auch solche, die die Europäische Kommission noch eine Legislaturperiode zuvor selbst auf den Weg gebracht hat. In Absprache mit Unternehmensvertreter*innen wird überprüft, ob sie die globale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsunternehmen behindern. Das selbstgesteckte Ziel: Verwaltungskosten und Berichtspflichten für Unternehmen in der EU verringern.[2]

Dieses Papier bietet einen Überblick über den aktuellen Stand der europäischen Deregulierungsagenda und fragt nach deren Folgen für Verbraucher*innen-, Umwelt- und Klimaschutz, Menschen- und Arbeitsrechte sowie digitale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit.

Was ist ein Omnibus?

Ein Omnibusverfahren bezeichnet eine gesetzgeberische Praxis, bei der mehrere Gesetze, Vorschriften oder Pflichten (meist zu einem ähnlichen Bereich) in einem Vorgang zusammengefasst und geändert werden. Damit soll deren Effizienz und Kohärenz gesichert werden. Mit diesem Ziel wurden Omnibusverfahren in der EU bereits in der Vergangenheit genutzt, allerdings selten. Der Rechtswissenschaftler Alberto Alemanno kritisiert, dass der aktuelle Prozess nichts mehr mit dem Ursprungsgedanken von Omnibusverfahren zu tun habe (also der notwendigen Aktualisierung bestehender Rechtsakte), sondern dazu genutzt werde, durch prozedurale Abkürzungen das zu erreichen, was in einem ordentlichen Gesetzesänderungsverfahren nicht gelungen wäre. Laut Alemanno dienen *„diese neuen Sammelgesetze nicht der Vereinfachung, sondern sind Instrumente für eine grundlegende politische Neuausrichtung. Im Namen der Wettbewerbsfähigkeit werden darin Schwellenwerte angehoben, Verpflichtungen abgeschwächt, die Durchsetzung aufgeschoben und bestehende Normen aufgehoben. Noch kritischer ist, dass sie regulatorische Verpflichtungen zurücknehmen, ohne dass die in den EU-Verträgen geforderte Einbeziehung der Interessengruppen und die erforderliche Evidenz vorliegen (…).“*[3]

Omnibusverfahren durchlaufen den üblichen Weg durch die Europäischen Institutionen. Sie müssen vom Rat der Europäischen Union, also den zuständigen Minister*innen der Mitgliedsstaaten, sowie den Abgeordneten des Europäischen Parlamentes (EP) verabschiedet werden. Der Gesamtprozess wurde aber vereinfacht und beschleunigt.[4] Öffentliche Konsultationen finden im Eilverfahren statt. Für keines der Omnibus-Pakete wurde eine eigentlich erforderliche Folgenabschätzung durchgeführt. Das rechtfertigt die Europäische Kommission mit der Dringlichkeit der Vorhaben angesichts der aktuellen geopolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Die Rettung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit habe Vorrang vor etwaigen Folgen für Umwelt, Menschenrechte und Verbraucher*innen.[5] Gerade die demokratische Teilhabe kommt bei diesem Gesetzgebungsverfahren unter die Räder. Das sieht auch die Bürgerbeauftragte der EU, Teresa Anjinho so. Einer Beschwerde aus der Zivilgesellschaft folgend, leitete sie eine Untersuchung des Omnibus I-Gesetzgebungsverfahrens ein. Im Ergebnis stellte sie *„Verfahrensmängel bei der Ausarbeitung“* fest und forderte die Kommission dazu auf, sicherzustellen, *„dass die dringende Ausarbeitung von Legislativvorschlägen weiterhin mit den Grundsätzen eines transparenten, faktengestützten und inklusiven Gesetzgebungsprozesses im Einklang steht.“*[6] Als Reaktion darauf hat die Kommission für sich selbst neue *„Better Regulation“* Leitlinien angekündigt, die u.a. mehr Spielraum für Eilverfahren zulassen sollen.[7]

Konzerne kapern europäische Gesetzgebung

Bild: Bernd Dittrich / Unsplash.com

Die Initiative zur vermeintlichen „Vereinfachung“ (simplification) europäischer Rechtsvorschriften geht nicht allein auf die Europäische Kommission zurück. Sie folgt den Empfehlungen von Unternehmensverbänden und Konzernen. Deswegen sprechen kritische Expert*innen auch von einer durch „Konzerne gekaperten Gesetzgebung“ (corporate capture).[8] Tatsächlich macht die Europäische Kommission keinen Hehl daraus, dass sie konkreten Anweisungen aus der Wirtschaft folgt. Das folgende Zitat von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf dem Europäischen Industriegipfel 2025 in Antwerpen macht dies deutlich:

„Es ist eine Freude, wieder hier bei Ihnen in Antwerpen zu sein, genau ein Jahr nach unserem ersten Treffen. Letztes Jahr bin ich nach Antwerpen gekommen, um zuzuhören, um mir Ihre Anliegen anzuhören. (…) *Seitdem haben wir bei der Kommission eigens anberaumte Dialoge mit Vertreter*innen der meisten Ihrer strategisch wichtigen Branchen geführt* (…). *Und ich muss Ihnen sagen, dass ich sehr dankbar für diesen Dialog bin, denn die Ergebnisse daraus haben die Prioritäten meiner neuen Kommission mitbestimmt. Heute haben wir im Kollegium den Deal für eine saubere Industrie beschlossen. Wenn Sie sich den Deal für eine saubere Industrie ansehen, so wird jede einzelne der zehn Empfehlungen aus der Erklärung von Antwerpen darin umgesetzt.“*[9]

Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Schwächung europäischer Gesetze und Standards nur ein Teil eines weit größeren Maßnahmenplans ist. Der Anfang 2025 vorgestellte „Kompass für Wettbewerbsfähigkeit“[10] zählt ebenso dazu wie das Netz aus über 70 Handelsabkommen, mit denen neue Absatzmöglichkeiten für europäische Konzerne im Ausland geschaffen werden sollen. Das geht auch aus der Rede von Ursula von der Leyen auf dem Europäischen Industriegipfel 2026 hervor. Dort hob sie die Relevanz verschiedener Handelsabkommen für Unternehmen hervor, bspw. mit Mexiko, Indonesien und dem Mercosur: *„Diese Abkommen erschließen Ihnen neue Exportmärkte und sichern Ihre Versorgung mit kritischen Mineralien. Dies sind Vorteile, die Sie in Ihren Lieferketten – und in Ihren Bilanzen – spüren werden.“*[11]

Doch außenwirtschaftliche Gewinne reichen europäischen Unternehmen nicht. Sie fordern auch den Abbau von Umwelt- und Sozialstandards im Binnenmarkt. Dabei ist kein gesellschaftlicher Bereich vor der Kettensäge sicher. Die geplante und von der Europäischen Kommission als „*Vereinfachung*“ gepriesene Abschwächung bzw. Abschaffung von Gesetzen, Regularien und Pflichten soll *„Unternehmen, Branchen, Landwirtschaftsbetrieben und nationalen Behörden pro Jahr rund 15 Milliarden Euro an Verwaltungskosten einsparen.“*[12] Andere Kosten werden dafür auf die Allgemeinheit abgewälzt: Mit 180 Milliarden Euro belasten vermeidbare Gesundheitsschäden, Umweltverschmutzung und geschädigte Ökosysteme bereits heute die Haushalte europäischer Länder, die nur dadurch entstehen, weil geltende Umweltgesetzgebung nicht eingehalten wird.[13]

Problematisch ist außerdem: die Gespräche über die konkreten Maßnahmen der Deregulierungsagenda führen die verantwortlichen EU-Kommissar*innen fast ausschließlich mit Unternehmensvertreter*innen. In ihrer Kommunikation erweckt die Kommission zwar den Anschein, am Austausch mit anderen Stakeholdern interessiert zu sein. Tatsächlich haben die Kommissar*innen aber nur etwa zehn Prozent aller Treffen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften geführt.[14] Noch krasser ist dieses Ungleichgewicht bei den sogenannten „*Realitätschecks*“. Dabei handelt es sich um Treffen, die nicht den gängigen EU-Transparenzregeln unterliegen, weil sie laut Europäischer Kommission rein technischer Natur sind. Dort treffen sich die zuständigen EU-Kommissar*innen mit Unternehmensvertreter*innen, um deren Feedback zu EU-Gesetzen einzuholen. *„Liefert der Realitätscheck konkrete Hinweise auf zu lösende Probleme, so fließen diese unmittelbar in die Ausarbeitung gezielter Vereinfachungsmaßnahmen ein, seien diese legislativer oder nichtlegislativer Art“*,[15] heißt es in der offiziellen Anleitung der Kommission zu diesen Treffen. Öffentlich zugängliche Protokolle zu diesen Treffen gibt es nicht.

Die Parallelität der Interessen und die enge Zusammenarbeit der Europäischen Kommission und Unternehmensvertreter*innen wird noch deutlicher, wenn wir sie auf einer Zeitleiste betrachten, die einige **Meilensteine auf dem Weg zur Schwächung europäischer Rechtsvorschriften enthält.**

Bild: Paws and Prints / Unsplash.com

Juni 2022: Fünf große europäische Unternehmensverbände veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung unter dem Titel *„Unternehmen fordern neues politisches Engagement zur Wiederbelebung der wirtschaftlichen Integration im Binnenmarkt“*.[16] Darin fordern sie, übermäßige Regulierung zu vermeiden sowie die Überprüfung und Vereinfachung bestehender Gesetze, bevor neue vorgeschlagen werden.

Oktober 2023: Deutschland und Frankreich veröffentlichen ein gemeinsames Positionspapier mit dem Titel *„Abbau von Bürokratie in diesen beispiellosen Zeiten – Deutsch-französisches Papier zu besserer Rechtsetzung und moderner Verwaltung in Europa“*. Darin fordern die Regierungen *„die Verwaltungsverfahren zur Genehmigung von Investitionsvorhaben in der EU grundlegend zu reformieren, zu vereinfachen und zu beschleunigen (…).“*[17]

Februar 2024: 73 Unternehmensvertreter*innen übergeben Ursula von der Leyen die *„Erklärung von Antwerpen für einen Europäischen Industriedeal“*, kurz *„Antwerp Declaration“*. Darin fordern sie die Entwicklung eines umfassenden Aktionsplans, um die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu stärken. Dieser solle unnötige Komplexität in der Gesetzgebung und übermäßige Berichtspflichten abschaffen. Dazu sollen direkt zu Beginn der nächsten Wahlperiode der EU (2024–29) Vorschläge für Omnibusse ausgearbeitet werden.[18] **2025**[19] **und 2026**[20] nimmt Ursula von der Leyen erneut am Gipfel der Europäischen Industrie in Antwerpen teil, um über die Fortschritte der Deregulierungsagenda zu berichten.

Juli 2024: Ursula von der Leyen präsentiert die politischen Leitlinien für die nächste Europäische Kommission, sollte sie als Kommissionspräsidentin wiedergewählt werden. Darin verspricht sie: *„Schnelligkeit, Kohärenz und Vereinfachung zu zentralen politischen Prioritäten“* ihrer Amtszeit zu machen. Dazu sollen sich alle Europäischen Kommissare mit dem Abbau von Verwaltungslasten in ihren Verantwortungsbereichen beschäftigen. Zudem sollen regelmäßig Dialoge über die Umsetzung mit den Interessengruppen stattfinden, vor allem mit Unternehmen. Ein EU-Kommissar für *„Vereinfachung der europäischen Rechtsvorschriften“* soll ernannt und sämtliche EU-Gesetze einem *„Stresstest“* unterworfen werden.[21]

September 2024: Der ehemalige Chef der Europäischen Zentralbank Mario Draghi veröffentlicht einen Bericht. In dem sogenannten Draghi-Report fordert er unter anderem, dass *„Regeln vereinfacht“* werden müssten. Um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken, müssten sämtliche EU-Gesetze auf den Prüfstand gestellt werden. Gleichzeitig fordert er zusätzliche Investitionen in Höhe von 800 Milliarden Euro, um die grüne und digitale Transformation zu meistern.[22] Dieser Teil erhält jedoch wenig politische Aufmerksamkeit.

November 2024: Der Europäische Rat veröffentlicht die „Erklärung von Budapest zum Neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit“. Darin fordern die Regierungschef*innen der 27 EU-Mitgliedsstaaten unter anderem die *„Einleitung eines revolutionären Vereinfachungsprozesses.“*[23]

Januar 2025: Die Europäische Kommission veröffentlicht den „Kompass für Wettbewerbsfähigkeit“, zu dem auch die Omnibus-Vorschläge gehören. Mit diesen sollen EU-Vorschriften vereinfacht werden, *„um günstige Bedingungen zum Wohle von Europas Unternehmen zu schaffen.“*[24]

Februar 2025: Die Europäische Kommission gibt ihr Arbeitsprogramm 2025 bekannt: *„Gemeinsam voranschreiten: Eine mutigere, einfachere und schnellere Union“*. Darin erklärt sie, starke Partnerschaften mit Unternehmen und Stakeholdern eingehen zu wollen, um die EU-Regeln zu vereinfachen, die derzeit deren Wettbewerbsfähigkeit behindern. Zudem kündigt sie ein erstes Paket von Omnibus-Vorschlägen an.[25]

Seitdem findet auf europäischer Ebene eine massive Abschwächung europäischer Gesetze, Schutzstandards und Berichtspflichten im Rahmen von umfassenden Omnibussen statt.

Unter die Räder gekommen – die Omnibusflotte im Detail

Bild: Roger Robotic / Wikimedia Commons

Innerhalb eines Jahres (2025) hat die Europäische Kommission zehn Omnibusvorschläge ausgearbeitet. Mit einer nie dagewesenen Geschwindigkeit hat sie so die Grundlage für die Abschwächung, Entkernung und Abschaffung zahlreicher europäischer Gesetze gelegt. Besonders Deutschland und Frankreich fordern eine schnelle Umsetzung der Omnibusse und setzen andere Regierungen unter Druck.[26] Auch die Mehrheitsverhältnisse im aktuellen EU-Parlament begünstigen eine schnelle Umsetzung der Deregulierungsagenda, zumal die konservativen Abgeordneten der Europäischen Volkspartei (EVP) keine Skrupel haben, mit extrem rechten Fraktionen abzustimmen, um ihre Ziele zu erreichen.[27]

Die folgende Liste bietet eine Übersicht über die bis Ende Juni 2026 bekannten Omnibusse[i], ihren Inhalt und den Stand ihrer Verhandlungen.[28]

i Die Namen der Omnibus-Pakete entsprechen den von der Europäischen Kommission vergebenen Bezeichnungen und stellen keine eigene Wertung dar. Omnibus IV-X waren zu dem Zeitpunkt der Ausarbeitung noch nicht verabschiedet. Die vorgestellten Inhalte beziehen sich auf die Vorschläge der Kommission (wenn nicht anders angegeben). Der finale Omnibus, der sich aus dem Verhandlungsprozess zwischen EP, Rat und Kommission ergibt, kann von dem Vorschlag der Kommission abweichen.

Omnibus-Paket I: Nachhaltigkeit

Betroffene Rechtsvorschriften: die Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD, Corporate Sustainability Reporting Directive), die Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen in ihren Lieferketten (CSDDD, Corporate Sustainability Due Diligence Directive), der CO_2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM, CO_2-Border Adjustment Mechanism)

Stand der Verhandlungen: In Kraft seit dem 18. März 2026

Kernpunkte des Omnibusses: Wesentlich weniger Unternehmen müssen einen Nachhaltigkeitsbericht nach der CSRD erstellen, nämlich nur noch solche, die mehr als 1.000 Mitarbeitende haben und mehr als 450 Millionen Euro Umsatz im Jahr machen. Noch weniger Unternehmen müssen ihre Lieferketten überwachen (ab 5.000 Beschäftige und 1,5 Milliarden Euro Umsatz). Damit wurde die Wirksamkeit der Richtlinien massiv beschränkt. Die EU-weit harmonisierte zivilrechtliche Haftung wurde aus dem CSDDD gestrichen. Es liegt nun in Händen der einzelnen Mitgliedsstaaten, Haftungsregeln einzuführen. Unternehmen müssen keine Pläne mehr erarbeiten und umsetzen, um ihre Aktivitäten an die Erfordernisse des Pariser Klimaabkommens anzupassen.[29] Mit dem Omnibus gelten die unter CBAM zu leistenden Abgaben und Berichtspflichten nur noch für 10 Prozent der vorher betroffenen Unternehmen, nämlich solche, die pro Jahr mehr als 50 Tonnen an Waren einführen, die CBAM-relevant sind. Das betrifft hauptsächlich Importe von Eisen, Stahl, Zement, Aluminium, Strom, Düngemittel, Wasserstoff.[30]

Unterstützer des Omnibusses: Vor allem drei Unternehmensverbände haben sich für die Abschaffung der zivilrechtlichen Haftung stark gemacht, deren Mitglieder davon betroffen gewesen wären: der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), der italienische CONFINDUSTRIA und der französische Mouvement des Entreprises de France.[31] Unterstützt wurden sie von der American Chamber of Commerce sowie großen US-Unternehmen, wie EXXON Mobil, deren europäische Tochtergesellschaften ebenfalls betroffen gewesen wären.[32] Auch die US-amerikanische Regierung hat die beschlossenen Abschwächungen gefordert. Das am 21. August 2025 vereinbarte EU-US Rahmenabkommen enthält konkrete Vereinbarungen zur Abschwächung von CSDDD, CSRD und CBAM.[33] Für eine Abschwächung des CBAM setzten sich außerdem der Europäische Stahlverband (EUROFER), European Aluminium, Arcelor Mittal und weitere Unternehmensverbände aus der emissionsintensiven Industrie aktiv ein.[34]

Kritiker des Omnibusses: Mehr als 360 europäische und internationale Organisationen[35], progressive Unternehmen und Wissenschaftler*innen.[36]

Fazit: Das Lieferkettengesetz und Berichtspflichten wurden empfindlich geschwächt und ihr Anwendungsbereich stark eingeschränkt. So betrifft die CSDDD nun beispielsweise weniger als 0,1 Prozent aller in der EU-tätigen Unternehmen, oder in konkreten Zahlen etwa 3.400,[37] während 80 Prozent der vor den vorgenommenen Änderungen betroffenen Unternehmen nun keine Nachhaltigkeitsberichterstattung mehr durchführen müssen.[38] Gleiches trifft auf CBAM zu, das inzwischen nur noch für einen Bruchteil von Unternehmen gilt, die entsprechende Waren in die EU importieren. Dieser Omnibus ist ein skandalöser Rückschritt sowohl für die Menschenrechte entlang der Lieferkette als auch für die europäische Klimabilanz.

Omnibus-Paket II: EU-Investitionen

Betroffene Rechtsvorschriften: Der Europäische Fonds für strategische Investitionen und das Finanzierungsprogramm InvestEU, zwei aufeinander aufbauende Finanzinstrumente, die über Garantien und Eigenmittel private Investitionen in verschiedenen Bereichen mobilisieren sollen. Wichtigste Institution ist die Europäischen Investitionsbank (EIB). Mit diesen Fonds soll unter anderem die Energiewende vorangetrieben werden.[39]

Stand der Verhandlungen: In Kraft seit dem 24. Dezember 2025

Kernpunkte des Omnibusses: EU-Garantien im Rahmen von InvestEU werden um 2,9 Milliarden Euro aufgestockt und weitere Mittel zur Mobilisierung privater Investitionen bereitgestellt. Beratungsdienste für Unternehmen werden ausgeweitet, um sie besser über mögliche staatliche Beihilfen im Rahmen von InvestEU zu informieren. Gleichzeitig werden Berichtspflichten von Unternehmen verringert.[40]

Fazit: Dieser Omnibus hat sehr wenig Aufmerksamkeit bekommen. Über die offizielle Berichterstattung der Europäischen Kommission hinaus, ist wenig Information zu diesem Omnibus vorhanden. Ein Bericht von Counter-Balance weist aber darauf hin, dass es bereits in der Vergangenheit Kritik an InvestEU gab. Vermeintliche Investitionen kamen nie in der Realwirtschaft an. Von den EU-Garantien profitierten vor allem Unternehmen, die eigentlich über ausreichend eigenes Kapital verfügten und der gesellschaftliche Nutzen der geförderten Projekte blieb häufig hinter den Erwartungen zurück. Die finanzielle Aufstockung dieses Instruments bei gleichzeitigem Abbau von Berichtspflichten, und damit öffentlichen Kontrollmechanismen, riskiert Gelder in Projekte zu investieren, die nicht der grünen Transformation, darunter Dekarbonisierung und Energiewende, zu Gute kommen.[41]

Bild: Masood Aslami / Pexels.com

Omnibus-Paket III: Gemeinsame Agrarpolitik

Betroffene Rechtsvorschriften: Regeln der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP), insbesondere die Standards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ)

Stand der Verhandlungen: In Kraft seit dem 1. Januar 2026

Kernpunkte des Omnibusses: Der Omnibus III ist die jüngste Abschwächung von Umweltschutzgesetzen im Agrarbereich. Dem vorangegangen waren fünf Wellen von Gesetzesänderungen, die die seit 2021 beschlossenen ökologischen Auflagen in der GAP aufhoben oder abschwächten.[42] Auch die Prozesse, die zu diesen vermeintlichen „Vereinfachungen" führten, kritisierte die EU-Bürger*innenbeauftragte als nicht regelkonform, da weder der eigentlich vorgesehene Konsultationsprozess stattgefunden habe noch entsprechende Folgenabschätzungen der Änderungen vorgenommen wurden. Omnibus III sieht u.a. vor, dass mehr Wiesen und Weiden, die als Dauergrünland gelten, in Ackerland umgewandelt werden dürfen. Dabei ist Dauergrünland für Biodiversitäts- und Klimaschutz von zentraler Bedeutung. Zudem sollen Landwirt*innen für die Einhaltung bestimmter Umweltstandards bezahlt werden. Damit wird die Einhaltung von Auflagen zum Umweltschutz, die gängige Praxis sein sollte, monetarisiert – auf Kosten der öffentlichen Haushalte. Kontrollen von kleinen Betrieben (bis 30 Hektar) und solchen, die Biolandwirtschaft betreiben beziehungsweise sich in der Umstellung befinden, werden abgeschafft. Letztere gelten künftig automatisch als *„GLÖZ-konform"*. Insgesamt werden Kontrollen für alle Betriebe verringert.[43]

Unterstützer des Omnibusses: Copa-Cogeca, der europäische Verband von Landwirt*innen und landwirtschaftlichen Genossenschaften[44]

Kritiker des Omnibusses: Der Deutsche Naturschutzring, das European Environmental Bureau (EEB)[45] und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Ottmar Ilchmann, AbL-Sprecher für Agrarpolitik: *„Die berechtigte Forderung nach Bürokratieabbau und gerechten Erzeugerpreisen wird abermals für einen schädlichen Abbau ökologischer Mindeststandards genutzt. Dies bedroht die gesellschaftliche Legitimation der GAP-Gelder weiter und führt zu einem Wettbewerbsnachteil gerade der Betriebe, die bereits heute umwelt- und klimaverträglich wirtschaften und ihre Tiere besonders artgerecht halten."*[46]

Fazit: Anstatt die Gemeinsame Agrarpolitik an die Anforderungen des 2019 vorgestellten Europäischen Grünen Deals anzupassen, untergraben die Abschwächungen der Umweltstandards für die Landwirtschaft deren Umsetzung und Kontrolle. Damit begibt sich Ursula von der Leyen in einen eklatanten Widerspruch zu dem von ihr eigens aufgesetzten Programm „Vom Hof auf den Tisch", mit dem die Lebensmittel für Europa gesünder und nachhaltiger gemacht werden sollten.[47]

Omnibus-Paket IV: Kleine Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung sowie Digitalisierung

Betroffene Rechtsvorschriften: Dieser Omnibus betrifft keine einzelnen Gesetze, sondern ändert generelle Anforderungen für Unternehmen zwischen 250 und 750 Mitarbeitenden[ii], sogenannte kleine Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung. Ausnahmen, die bisher nur für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) mit bis zu 250 Beschäftigten gelten, sollen auf sie ausgeweitet werden.

Stand der Verhandlungen: Vorläufige Einigung zwischen Verhandler*innen von Rat, Europäischer Kommission und EU-Parlament (Juni 2026). Diese muss nun den offiziellen Abstimmungsprozess in Rat und EP durchlaufen.

Kernpunkte des Omnibusses: Dieser Omnibus führt eine neue Unternehmenskategorie ein, die zwischen KMUs und großen Unternehmen liegt, die sogenannten *„kleinen Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung“*. Bislang mussten Unternehmen ab 250 Mitarbeitenden allen Berichtspflichten nachkommen, die auch auf sehr große Unternehmen zutrafen. Das soll sich mit diesem Omnibus ändern. Konkret sollen Unternehmen mit weniger als 750 Beschäftigten von der Pflicht ausgenommen werden, Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung zu erfüllen. Sie müssten nur noch Aufzeichnungen über ihre Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten erstellen, wenn diese ein hohes Risiko für die Rechte der betroffenen Personen darstellen. Zudem würden papierbasierte Anforderungen an Produkte, beispielsweise die Bereitstellung von Gebrauchsanleitungen in Papierformat abgeschafft. Sie sollen nur noch digital zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt soll sämtliche Unternehmenskommunikation mit staatlichen Stellen digital zu leisten sein, um den Weg für einen papierlosen Binnenmarkt zu ebnen und die staatliche Digitalisierung voranzutreiben.

Weiterhin würden die Vorschriften der EU-Batterieverordnung für diese Unternehmen nicht mehr gelten.[iii, 48] Diese verpflichtet die Unternehmen dazu, Umwelt- und soziale Risiken bei der Beschaffung, Verarbeitung und dem Handel von den wichtigsten Batterierohstoffen zu identifizieren, verringern und zu vermeiden. Die Registrierungspflicht von Herstellern, die Produkte mit hoch klimaschädlichen fluorierten Treibhausgasen (F-Gase) im- oder exportieren wollen, entfiele für eine Vielzahl von Unternehmen.[49]

Unterstützer des Omnibusses: Der Verband Europäischer Familienunternehmen (European Family Business, EFB), der französische Verband mittelständischer Unternehmen (METI), der BDI.[50]

Kritiker des Omnibusses: Der europäische Verbraucher*innenschutzverband (BEUC): *„Eine Vereinfachung der Vorschriften kann Europa zu schnellerem Handeln befähigen und sowohl Unternehmen als auch Verbraucher*innen zugutekommen. Eine Vereinfachung darf jedoch keinesfalls mit einer Absenkung der Standards gleichgesetzt werden. Eine Aufweichung der DSGVO könnte nicht nur die Verbraucher*innenrechte gefährden, sondern auch Rechtsunsicherheit für Unternehmen schaffen und deren Kosten in die Höhe treiben, falls sie sich an neue Vorschriften anpassen müssten.“*[51]

Fazit: Mit diesem Omnibus werden viele Unternehmen von entscheidenden Berichtspflichten ausgenommen. Diese sind aber notwendig, um sicherzustellen, dass Rechtsvorschriften eingehalten werden. Das hat in diesem Fall u.a. Folgen für Datenschutzrechte von Verbraucher*innen, unser Klima und den Schutz von Menschenrechten entlang einer Lieferkette. Die Gefahr besteht, dass in Zukunft noch mehr Ausnahmen für diese Unternehmenskategorie eingeführt werden.

ii Dieser Omnibus ist noch nicht abgeschlossen, weshalb unklar ist, ob sich die von Rat und Parlament geforderte Definition von kleinen Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung durchsetzt. Die Europäische Kommission hatte ursprünglich vorgeschlagen, nur Unternehmen bis 750 Beschäftigten aufzunehmen. Rat und EP forderten eine Anhebung auf bis zu 1000 Beschäftigen.

iii Laut der NGO Transport & Environment haben sich Rat, EU-Parlament und Kommission Mitte Juni 2026 darauf geeinigt, dass die EU-Batterieverordnung nur Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 200 Millionen Euro betrifft. Unklar ist, ob die Angestelltenzahl eine Rolle spielt. Allgemein sollen Sorgfaltsberichte unter der Batterieverordnung nur noch alle fünf Jahre durchgeführt werden müssen.

Omnibus-Paket V: Verteidigungsbereitschaft

Betroffene Rechtsvorschriften: Europäische Vergaberegeln für öffentliche Aufträge im Bereich der Verteidigung, die EU-Chemikalien- und Biozidverordnung[iv]

Stand der Verhandlungen: Vorläufige Einigung zwischen Verhandler*innen von Rat, Europäischer Kommission und EU-Parlament (Juni 2026). Diese muss nun den offiziellen Abstimmungsprozess in Rat und EP durchlaufen.

Kernpunkte des Omnibusses: Ziel dieses Omnibusses ist es, einen gemeinsamen europäischen Markt für Rüstungsgüter und Waffenhandel zu schaffen. Damit soll die europäische *„Verteidigungsbereitschaft"* angesichts der aktuellen geopolitischen Situation gestärkt werden. Der Vorschlag der Europäischen Kommission sieht unter anderem vor, nationalstaatliche Genehmigungen für den Verkauf rüstungsrelevanter (Vor-) Produkte abzubauen, um so den innereuropäischen Handel zu vereinfachen und zu beschleunigen.[52] EU-Mitgliedsstaaten sollen Ausnahmen von den EU-Chemikalienverordnungen REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals)[v] und CLP (Classification, Labelling and Packaging)[vi] sowie der EU-Biozidverordnung erlassen können, wenn dies für die Verteidigungs- und Sicherheitsanforderungen notwendig ist. Auch unternehmerische Berichtspflichten über die Nutzung chemischer Stoffe können ausgesetzt werden, wenn es sich um vertrauliche Informationen handelt.[53] Zudem sollen Verwaltungskosten für die Vergabe von Aufträgen an Rüstungsunternehmen gesenkt und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden, wobei die nationalstaatliche Einflussnahme zugunsten der Europäischen Kommission eingeschränkt wird.[54] Mit diesen und weiteren Plänen will die Kommission erreichen, die von ihr anvisierten 800 Milliarden Euro an Investitionen in die europäische Rüstungsindustrie in den nächsten vier Jahren zu mobilisieren.[55]

Unterstützer des Omnibusses: Große Verbände der Rüstungsindustrie wie *AeroSpace and Defence Industries Association of Europe* (ASD), der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV)[56] sowie große Player der europäischen Rüstungsindustrie: Leonardo, Airbus, SAAB, Safran und andere.[57]

Kritiker des Omnibusses: Mehr als 25 zivilgesellschaftliche europäische Organisationen. Sie kritisieren, dass der Verteidigungsbereitschafts-Omnibus weltweiten Waffenhandel vereinfacht sowie Umwelt- und Sicherheitsstandards schwächt.[58]

Das EU-weite Netzwerk Stop ReArm Europe: *„Wir lehnen die Pläne der EU ab, zusätzlich 800 Milliarden Euro für Rüstungsausgaben auszugeben. Das sind 800 Milliarden Euro, die gestohlen werden. Gestohlen von den Sozialleistungen, dem Gesundheitswesen, der Bildung, der Arbeitswelt, der Friedenskonsolidierung, der internationalen Zusammenarbeit, einem gerechten Wandel und der Klimagerechtigkeit."*[59]

Fazit: Omnibus V ist ein Geschenk an die Rüstungsindustrie. Er baut nationalstaatliche Kontrollmechanismen ab und erschwert die effektive Nachverfolgung von Einsatzorten fertiggestellter Waffen. Umwelt- und Gesundheitsschutz ordnen sich kurzfristigen Sicherheitsinteressen unter. Öffentliche Finanzen werden zugunsten von Rüstungsfinanzierung geschröpft.

iv Biozide sind chemische Substanzen und Produkte, die Schädlinge wie Insekten, Mäuse, Ratten, Algen, Pilze oder Bakterien bekämpfen.

v Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien

vi Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen

Omnibus-Paket VI: Chemikalien

Betroffene Rechtsvorschriften: die Verordnung zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (CLP), die EU-Kosmetikverordnung, die EU-Düngemittelverordnung

Stand der Verhandlungen: Vorläufige Einigung zwischen Verhandler*innen von Rat, Europäischer Kommission und EU-Parlament (Juni 2026). Diese muss nun den offiziellen Abstimmungsprozess in Rat und EP durchlaufen.[60]

Kernpunkte des Omnibusses: Der Omnibus-Vorschlag der Kommission gibt Unternehmen mehr Spielraum und längere Fristen bei der Kennzeichnung von Chemikalien auf Verpackungen, auch solchen, die als gefährlich für die menschliche Gesundheit und die Umwelt eingestuft wurden. Zudem sollen mehr Informationen nur noch digital zur Verfügung gestellt werden.[61] Die Übergangsfristen für die Entfernung von Kosmetikprodukten mit Inhaltsstoffen, die neu als krebserregend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend eingestuft werden, sollen verlängert werden.[vii] Damit wären diese länger auf dem Markt erhältlich.

Zudem sieht der Vorschlag weitere Ausnahmen und Verfahrensänderungen vor, die regulatorische Maßnahmen verzögern und die Verwendung von gefährlichen Stoffen ermöglichen.[62] Ein Beispiel: Düngemittel, die in der EU produziert oder importiert werden, unterlägen nicht länger besonderen Berichtspflichten unter der Extended-REACH Verordnung, in denen dargelegt wird, dass sie kein Risiko für die menschliche Gesundheit und die Umwelt darstellen.[63]

Unterstützer des Omnibusses: Der Deutsche Verband der Chemischen Industrie (VCI)[64], der Europäische Verband der chemischen Industrie (CEFIC), Business Europe und große Agrar- wie Chemiekonzerne.[65]

Kritiker des Omnibusses: Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter Client Earth, die den Aushandlungsprozess dieses Omnibusses kritisieren. Nicht nur, weil weder ausreichende öffentliche Konsultation stattgefunden haben, noch eine Folgenabschätzung durchgeführt wurde, sondern auch, weil der Vorschlag der Kommission der europäischen Grundrechte-Charta widersprechen könnte. Denn es sei nicht sichergestellt, dass die Gesetzesänderungen Umwelt und menschlicher Gesundheit nicht schaden.[66] Diesbezüglich reichten Organisationen eine weitere Beschwerde bei der Bürgerbeauftragten der EU ein.[67] Auch die Vereinten Nationen kritisieren diesen Omnibus für seine Folgen in Bezug auf die sozialen Menschenrechte, wie das Recht auf Gesundheit, eine gesunde Umwelt und gute Nahrung, Kinderschutzrechte sowie auf den Zugang zu Informationen.[68]

Fazit: Dieser Omnibus untergräbt das Vorsorgeprinzip.[viii] Er führt zu einer Verunsicherung der Verbraucher*innen hinsichtlich der Sicherheit von Alltagsprodukten, wie Zahnpasta, Cremes oder Seife und birgt potenzielle Gesundheitsrisiken. Die Schwächung von Verordnungen, um Kosmetikhersteller und andere Produzenten chemischer Produkte finanziell zu entlasten, erhöht langfristig die Kosten für die gesamte Bevölkerung und die öffentlichen Haushalte.

vii Der genaue Zeitraum ist noch strittig. Die Vorschläge schwanken zwischen einem bis zu 6,5 Jahren zusätzlich zur aktuellen Frist, die bei anderthalb Jahren liegt.

viii Das Vorsorgeprinzip ist ein Grundsatz, der darauf verweist, dass es besser ist, Maßnahmen zu ergreifen, bevor Schaden eintritt, bspw. für menschliche Gesundheit und unsere Umwelt. Das bedeutet bspw. das ein Unternehmen erst die Unbedenklichkeit eines potenziell schädlichen Produktes beweisen muss, bevor es auf den Markt kommt.

Omnibus-Paket VII: Digitales

Betroffene Rechtsvorschriften: Das europäische „Digital-Acquis“, sprich sämtliche Regeln hinsichtlich digitaler Technologien, Cybersicherheit, Onlineplattformen und elektronischer Kommunikation sowie die EU-Verordnung über künstliche Intelligenz.[69]

Stand der Verhandlungen: In Verhandlung zwischen Rat, Europäischer Kommission und EU-Parlament. Über den Omnibusvorschlag zu künstlicher Intelligenz erreichten die Parteien Anfang Mai 2026 eine Einigung.

Kernpunkte des Omnibusses: Der Vorschlag der Kommission betrifft unter anderem die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)[ix]. Daten, bei denen Unternehmen nicht konkret identifizieren können, um wen es sich handelt, beispielsweise weil sie pseudonymisiert sind, würden nicht länger als „persönliche Daten“ gelten – selbst wenn andere Marktteilnehmer die Person dahinter identifizieren können. Das Recht auf Auskunft über die Nutzung persönlicher Daten durch Dritte würde eingeschränkt.[70] Dem Vorschlag folgend wäre es schwerer, persönliche Daten davor zu schützen, dass Unternehmen sie zum Training von künstlicher Intelligenz nutzen. Automatisierte Entscheidungen auf Basis eines Algorithmus würden zugelassen. Dies könnte beispielsweise die Einschätzung von Kreditfähigkeit und den Zugang zu staatlichen Unterstützungsleistungen betreffen. Diese Entscheidungen müssten dann nicht mehr von Fachleuten überprüft werden. Das würde auch die Moderation von Kommentaren und Posts auf Online-Plattformen (content moderation) betreffen. Die derzeitige obligatorische Zustimmung zu Cookies, die Unternehmen Auskunft über unser Internetverhalten geben, würde durch flexiblere Vorgaben ersetzt.[71] Während über diese Vorschläge nach wie vor verhandelt wird, haben Rat, Kommission und Parlament über den Omnibus zu künstlicher Intelligenz bereits eine Einigung erzielt. Dieser sieht u.a. vor, dass die Vorschriften zur Regelung über Hochrisiko-KI erst ab 2. Dezember 2027 vollständig angewandt werden müssen. Dabei handelt es sich um Systeme, die ein signifikantes Potenzial für Gefahren und für Gesundheit, Sicherheit und soziale Grundrechte darstellen. Für einige Produkte, wie Spielzeuge und Aufzüge, gilt dies sogar erst ab 2. August 2028.[72] Bis dahin kann Hochrisiko-KI ohne entsprechende Sicherheitsvorkehrungen auf dem europäischen Markt vertrieben und angewandt werden.[73]

Unterstützer des Omnibusses: Microsoft, Google, DIGITALEurope, Insurance Europe und zahlreichen Unternehmen aus der IT-Branche.[74]

Kritiker des Omnibusses: Das European Digital Rights Network (EDRi), dem mehr als 50 zivilgesellschaftliche Organisationen Europas angehören. EDRi bezeichnet den Omnibus als *„Schritt, der die Grundfeste der in der EU gültigen Menschenrechte und Tech-Regeln entkernen würde.“*[75] Außerdem Agustín Reyna, Generaldirektor von BEUC: *„Verbraucher*innen wurde Vereinfachung als Unterstützung für die europäische Wirtschaft versprochen. Der Vorschlag der Kommission kann jedoch nur als Deregulierung zugunsten von BigTech verstanden werden.“*[76] Auch Amnesty International[77] und weitere große Organisationen und Datenschutznetzwerke[78] kritisieren den Omnibus. Politico spricht in Zusammenhang mit diesem Omnibus davon, dass der „Brüssel-Effekt“[x] tot sei, und Washington nun über die Geschwindigkeit der Deregulierung in Europa entscheiden würde.[79]

Fazit: Die enge Zusammenarbeit zwischen international agierenden Unternehmen und europäischen Entscheidungsträger*innen sticht bei diesem Omnibus besonders hervor. Die Vorschläge und der bereits vereinbarte KI-Omnibus sind Geschenke an BigTech und Co. Sie schwächen die Persönlichkeitsrechte von Internetnutzer*innen, weiten die Entscheidungsmacht von Algorithmen über sensible Themen aus und gefährden die Sicherheit von Verbraucher*innen in der EU.

ix Die DSGVO ist ein europäisches Regelwerk für den Schutz personenbezogener Daten. Sie regelt wie Unternehmen und Behörden Daten verarbeiten dürfen, um den Schutz der Grundrechte und der Privatsphäre zu garantieren.

x Als „Brüssel Effekt“ wird bezeichnet, wenn außereuropäische Regierungen progressive Gesetze und Normen, bspw. zum Umwelt- oder Datenschutz, der EU übernehmen.

Omnibus-Paket VIII: Umwelt

Betroffene Rechtsvorschriften: Verschiedene Verordnungen, die die europäische Kreislaufwirtschaft (u.a. die EU-Abfallrichtlinie), den Betrieb von Industrieanlagen (u.a. die Industrieemissionsrichtlinie, die EU-Chemikalienverordnung REACH), die Verarbeitung von Geodaten (INSPIRE-Richtlinie) und die Verpflichtung von Umweltverträglichkeitsprüfungen (u.a. die Habitat- und Vogelschutzrichtlinie und die Wasserrahmenrichtlinie) betreffen.

Stand der Verhandlungen: In Verhandlung zwischen Rat, Europäischer Kommission und EU-Parlament.

Kernpunkte des Omnibusses: Der Vorschlag der Europäischen Kommission baut unterschiedlichste Umweltschutz- und Berichtspflichten ab. Einige Beispiele: Die Datenbank für besorgniserregende Stoffe in Produkten (SCIP, Substances of Concern In articles as such or in complex objects (Products)) soll abgeschafft und die Verpflichtung zur Meldung dieser Stoffe in Produkten aufgehoben werden. Tierhalter*innen und Aquakulturbetreiber*innen sollen von den Berichtspflichten hinsichtlich ihres Wasser-, Energie-, und Materialverbrauchs ausgenommen werden. Die Verpflichtung, sicherere Ersatzstoffe für besonders schädliche Chemikalien zu suchen, soll abgeschafft werden. Energieintensive Unternehmen müssten keine Übergangsberichte mehr erstellen, in denen sie darlegen, wie sie Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft erreichen wollen.[80] Umweltprüfungen und Richtlinien-relevante Berichtspflichten sollen digitalisiert, erstere zudem gestrafft und beschleunigt werden. Besonders sollen sogenannte strategische Projekte beschleunigt werden, die *„zur Resilienz der EU sowie zur Dekarbonisierung oder Ressourceneffizienz beitragen.“*[81]

Unterstützer des Omnibusses: BDI[82], Deutsche Industrie- und Handelskammer, die europäischen Handelskammern Eurochambres und Eurometaux sowie Copa-Cogeca.[83]

Kritiker des Omnibusses: ClientEarth, BirdLife, der WWF und das EEB, haben zusammen die Kampagne „HandsOffNature“ ins Leben gerufen. Die im Rahmen dieser Kampagne veröffentlichte Petition wurde bereits von mehr 500.000 Menschen unterzeichnet.[84] *„Die Kommission verstößt gegen ihre eigenen Regeln, um die Gesetze zu kippen, die uns Sicherheit bieten. Das ist keine Vereinfachung, sondern Selbstsabotage. Es gefährdet unsere Gesundheit und unsere Umwelt, schwächt die Wettbewerbsfähigkeit Europas und stürzt Unternehmen, die auf Rechtssicherheit angewiesen sind, ins Chaos. Für wen genau tun sie das?“*, so Faustine Bas-Defossez von EEB.[85] Die Europäische Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes (EPSU, European Public Service Union) kritisiert zudem die Änderung in der EU-Abfallentsorgung, darunter die Abschaffung der SCIP. *„Die zur Diskussion stehenden Maßnahmen hätten schwerwiegende Folgen für über eine Million Arbeitnehmer*innen in den Bereichen Abfallsammlung, -behandlung, -entsorgung und -verwertung in ganz Europa.”*[86]

Fazit: Dieser Omnibus baut wichtige Errungenschaften im Umwelt- und Gesundheitsschutz zugunsten von Einsparungen für Unternehmen ab. Weniger Berichtspflichten in diesem Bereich bedeuten zudem weniger Kontrollmöglichkeiten und weniger Aussichten, Verstöße überhaupt aufzudecken. Und das, obwohl die Europäische Union ihre selbstgesteckten Umweltziele bis 2030 wahrscheinlich nicht erreichen wird, wie ein Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA, European Environmental Agency) zeigte.[87] Ein echtes Armutszeugnis für den europäischen Umweltschutz.

Omnibus-Paket IX: Automobilindustrie

Betroffene Rechtsvorschriften: Die CO_2-Verordnung für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, Richtlinien und Vorgaben, die die E-Mobilität betreffen.

Stand der Verhandlungen: In Verhandlung zwischen Rat, Europäischer Kommission und EU-Parlament.

Kernpunkte des Omnibusses: Der Vorschlag der Kommission sieht u.a. vor, E-Autos bis zu einem Gewicht von 4,5 Tonnen von der Verpflichtung auszunehmen, Kontrollgeräte zur Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten sowie Geschwindigkeitsbegrenzer (bis 4,25 Tonnen) zu haben.[88] Eine neue Unterkategorie für E-Autos wird geschaffen, die der *„kleinen Elektrofahrzeuge"* (bis 4,2 Meter Länge). Diese sollen die ersten zehn Jahre von der Umsetzung neuer Sicherheitsanforderungen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit ausgenommen werden. Konkret bedeutet das, dass die Autohersteller bis 2036 E-Autos auf den Markt bringen könnten, die den Sicherheitsstandards von 2019 entsprechen (der letzten Überarbeitung der europäischen Verordnung über neue Fahrzeugsicherheitssysteme).[89]

Ein Teil des Maßnahmenpaketes (das über den Omnibus an sich hinaus geht) sieht außerdem vor, Verbrennerautos auch nach 2035 zuzulassen, wenn diese 90 Prozent der Emissionen im Vergleich zu 2021 einsparen und mit CO_2-armem Stahl produziert wurden oder E-fuels und Agrartreibstoffe nutzen. Zudem sollen über 1,8 Milliarden Euro in die Entwicklung einer vollständigen EU-Batterie-Wertschöpfungskette fließen (Battery Booster). Rechtsvorschriften, die den Automobilsektor betreffen, sollen in den kommenden Jahren verringert und Tests für alle neuen Autos und LKWs gestrafft werden, um Verwaltungsaufwand und Kosten für die Industrie zu senken.[90]

Unterstützer des Omnibusses: Der Gesamtverband der europäischen Automobilhersteller (ACEA, European Automobile Manufacturers' Association).[91]

Kritiker des Omnibusses: Zivilgesellschaftliche Organisationen, wie der Deutsche Naturschutzring, Transport & Environment[92] und die Deutsche Umwelthilfe (DUH). Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der DUH zum Automobil-Omnibus: *„Der Vorschlag der EU-Kommission ist ein Kniefall vor den in Klimafragen ignoranten deutschen Verbrenner-Konzernen, insbesondere von Mercedes-Benz, BMW und Volkswagen. Es geht um kurzfristige Profite mit klimaschädlicher, alter Technologie."*[93]

Der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft[94] und der Europäische Rat für Verkehrssicherheit (ETSC, European Transport Safety Council)[95], kritisieren die Lockerung der Sicherheitsstandards für E-Autos und befürchten, diese könnten den hart erkämpften Fortschritt bei der Reduzierung von tödlichen und schweren Autounfällen aufs Spiel setzen. Der Verband für Emissionskontrolle und Klima (AECC, Association for Emission Control and Climate) befürchtet zudem, dass der Omnibus die Fortschritte im Bereich verbesserter Luftqualität untergraben und damit die Gesundheit von europäischen Bürger*innen gefährden könnte.[96]

Fazit: Dieser Omnibus ist ein gutes Beispiel dafür wie unter dem Deckmantel der Förderung sauberer Technologien einseitig Unternehmensinteressen bedient werden, die die Sicherheit von Verkehrsteilnehmer*innen, Arbeitnehmer*innen (in dem Fall Fahrer*innen) und die Gesundheit der Menschen in der EU aufs Spiel setzen. Damit würde die Europäische Kommission der dringlichen Mobilitätswende einen Bärendienst erweisen.

Omnibus-Paket X: Sicherheit von Lebens- und Futtermitteln

Betroffene Rechtsvorschriften: Zehn unterschiedliche Gesetze und vier Richtlinien, die die Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit betreffen, darunter die EU-Pestizid- und Biozidverordnung.

Stand der Verhandlungen: In Verhandlung zwischen Rat, Europäischer Kommission und EU-Parlament.

Kernpunkte des Omnibusses: Die Europäische Kommission schlägt u.a. vor, die regelmäßigen Überprüfungen der Genehmigungen von Pestizid- und Biozidwirkstoffen auf ihre Umwelt- und Gesundheitsunbedenklichkeit, mit einigen wenigen Ausnahmen, abzuschaffen. Diese finden derzeit alle 10–15 Jahre statt und haben dazu geführt, dass zahlreiche hochschädliche Pestizide vom Markt genommen wurden. Unbefristete Genehmigungen erhielten u.a. Substanzen wie das wahrscheinlich krebserregende Herbizid Glyphosat und das nervenschädigende Insektizid Acetamiprid.[97] Zudem sollen die Aufbrauchfristen nicht mehr zugelassener Pestizidprodukte um das Doppelte auf drei Jahre verlängert werden. Die Ausnahmeregeln für eine weitere Verwendung von Wirkstoffen, die aufgrund von Umwelt- und Gesundheitsschädlichkeit in der EU nicht länger genehmigt sind – wie bspw. hormonell schädigende Wirkstoffe – sollen zudem deutlich ausgeweitet werden. Zulassungsprozesse für biologische Schädlingsbekämpfungsmittel sollen vereinfacht und beschleunigt werden. Allerdings wurde die Definition so ungenau gefasst, dass unter diese Kategorie auch synthetische Pestizide wie Pyrethroide[xi] fallen können. Die Verpflichtung, über deren Anwendung Daten zu erheben, würde abgeschafft, womit deren Kontrolle effektiv eingeschränkt würde. Die Versprühung von Pestiziden mit Drohnen soll generell zugelassen werden, wenn die Wirkstoffe explizit für diese Anwendung als geeignet eingestuft wurden. Eine kleine Verbesserung gäbe es bei den maximalen Rückstandswerten in importierten Lebensmitteln. Der Zugang zum europäischen Markt von mit hochschädlichen Pestiziden belasteten Produkten soll eingeschränkt werden, allerdings nur, wenn eine noch durchzuführende Folgenabschätzung entsprechende Hinweise ergibt.[98]

Unterstützer des Omnibusses: Verband der chemischen Industrie (VCI)[99], der Verband der Pestizidhersteller CropLife Europe[100], zu dem u.a. BASF, Bayer und Syngenta gehören und weitere Saatgut- und Chemiekonzerne.

Kritiker des Omnibusses: Das Pesticide Action Network (PAN) Europe und eine breite Allianz zivilgesellschaftlicher, wissenschaftlicher, Wasser- und Landwirtschaftsorganisationen aus ganz Europa kritisieren den Omnibus-Vorschlag und fordern stattdessen, die EU-Pestizidgesetzgebung konsequent durchzusetzen. PAN Europe bemängelt: *„Anstatt den Übergang zu einer nachhaltigen Landwirtschaft zu beschleunigen, verstärkt der Vorschlag die Abhängigkeit von gefährlichen Chemikalien und bindet die EU an ein pestizidlastiges Agrarmodell, wodurch die Widerstandsfähigkeit der Agrarsysteme und die langfristige Ernährungssicherheit gefährdet werden."*[101] Ein juristisches Gutachten im Auftrag von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter dem DNR, PAN Deutschland und Client Earth kommt zudem zum Schluss, dass das Vorhaben wahrscheinlich gegen das Vorsorgeprinzip, EU-Verträge und die Europäische Grundrechte-Charta verstoße. Viele Stimmen aus der Wissenschaft, u.a. die Akademie der Wissenschaften Leopoldina, kritisieren den Vorschlag der Kommission ebenfalls scharf, da das Schutzniveau des Umwelt- und Gesundheitsschutzes abgeschwächt werden würde.[102]

Fazit: Dieser Omnibus ist ein weiterer Angriff auf das europäische Vorsorgeprinzip und eine Abkehr wissenschaftsbasierter Entscheidungen. Die Last der Überprüfung realer Risiken von Pestiziden und Bioziden wird auf europäische Behörden abgeschoben. Die nationalen Behörden werden geschwächt, während Produzenten zeitlich unbegrenzt ihre Mittel auf dem europäischen Markt verkaufen können. Dadurch werden zwar die Kosten für Konzerne gesenkt, öffentliche Haushalte aber keineswegs entlastet. Eigentlich hatte sich die EU vorgenommen, die Pestizidnutzung bis 2030 um 50% zu reduzieren. Dieser Omnibus bewirkt das Gegenteil.

xi Bei Pyrethroiden handelt es sich um synthetische Insektizide. Sie stehen im Verdacht, das menschliche Nervensystem zu schädigen und sind sehr giftige für Wasserlebewesen, aber auch größere Tiere wie Katzen.

Und der Omnibus rollt weiter...

Die beschriebenen zehn Omnibusse sind erst der Anfang. Die Europäische Kommission hat bereits weitere Omnibusse angekündigt. Darunter ein Omnibus zur Vereinfachung der Rechtsvorschriften zu Energieerzeugnissen, ein Omnibus zur Besteuerung und einen „Bürger*innenomnibus".[103]

Zudem will sie ihre Regeln zur „Besseren Rechtssetzung" reformieren. Diese schreiben u.a. vor, dass Gesetzesinitiativen von öffentlichen Konsultationen und Folgenabschätzungen begleitet werden müssen.[104] Der Vorschlag der Kommission sieht vor, Gesetze prinzipiell zu vereinfachen, Konsultationsprozesse zu verkürzen und Folgenabschätzungen im Schnelldurchlauf zu erstellen. Dies ist eine klare Antwort auf die Kritik zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Bürger*innenbeauftragten der EU. Anstatt deren Kritik umzusetzen, verwässert sie die eigens gesetzten Regeln, um weitere Gesetzesänderungen im Schnellverfahren durchzupeitschen. Weiterhin schlägt sie einen *„Aktionsplan für eine regulatorische Tiefenreinigung"* in 12 Fokusbereichen vor, der Aufschluss über die Omnibuspläne bis Ende 2027 gibt: Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Landwirtschaft, Verkehr, Energie, Klima, Umwelt, Wohnungswesen und Genehmigungsverfahren, freier Waren- und Dienstleistungsverkehr, Finanzdienstleistungen, Zoll, Steuern, Digitales.[105]

Erwähnt werden muss auch das neue unternehmensrechtliche Regelungssystem *„EU Inc."* oder *„28th Regime"*, das im Rahmen des Kompasses für Wettbewerbsfähigkeit vorgestellt worden ist.[106] Dieses soll vereinheitlichte europäische Regeln für Unternehmen und auch für die Registrierung eines neuen Unternehmens bieten. Ein EU-Inc. Unternehmen könnte damit in nur 48 Stunden registriert werden, online versteht sich, und in sämtlichen EU-Ländern frei operieren. Briefkastenfirmen sind damit in Null Komma nichts erstellt. Wirtschaftskriminalität zu bekämpfen, wird so noch schwerer. Dazu auch die Bundesnotarkammer: *„Digitale Selbstidentifizierung, wie sie der Verordnungsentwurf vorsieht, beschränkt sich auf einen automatisierten Datenabgleich und ist damit nicht gleichwertig. Die daraus resultierende Intransparenz begünstigt Missbrauch, etwa den Erwerb von Gesellschaftsanteilen durch die Nutzung entwendeter Zugangsdaten („corporate hijacking"), und erhöht die Risiken von Steuerhinterziehung, Scheingesellschaften und Geldwäsche."*[107]

Grundlegende Informationen, zum Beispiel über die Anzahl von Beschäftigten, müssten nicht öffentlich gemacht werden. Auch ein Sitz in dem Land, wo das Unternehmen operiert, müsste es nicht geben.[108] Unter anderem Gewerkschaften haben sich sehr kritisch zu diesem Vorhaben geäußert. UNI Europa nennt es einen „Freischein für Regime-Shopping". Wenn einem Unternehmen die Arbeitsrechte in einem EU-Land nicht gefallen, kann es sich einfach in einem Land mit geringeren Standards registrieren, und zwar als europäisches Unternehmen, EU Inc.[109] Dazu Oliver Roethig, Generalsekretär von UNI Europa: *„EU Inc. ist ein Trojanisches Pferd. Es wurde als Unterstützung für Start-ups verkauft, hat sich jedoch zu einem umfassenden Angriff auf Arbeitnehmer*innenrechte und die Rechenschaftspflicht von Unternehmen entwickelt.* (...) *Da Unternehmen die Möglichkeit haben, sich Länder mit niedrigeren Standards auszusuchen, besteht die Gefahr, dass unser europäisches Sozialmodell, die Arbeitsbeziehungen und hochwertige Arbeitsplätze untergraben werden* (...)*."*[110]

Die Omnibusflotte kapern

Bild: Gabriel Vasiliu / Unsplash.com

Wir befinden uns an einem Wendepunkt europäischer Politik. Ein neuer „Brüsseler Konsensus“ ist auf dem Vormarsch.[111] Galt die Europäische Union lange Zeit als Vorreiterin progressiver Gesetzgebung, bewegt sie sich mit ihren Omnibussen nur in eine Richtung: rückwärts.

Anstatt den Menschen, die in der EU leben, mehr Sicherheit zu geben, schaffen die europäischen Gesetzgeber*innen zahlreiche Regeln und Berichtspflichten für Unternehmen ab oder verwässern diese stark. Gleichzeitig schränken sie die Kontrolle der Einhaltung von Schutzstandards ein. Damit untergräbt die Union auch ihre eigene Fähigkeit, regelnd einzugreifen. Denn die Omnibusse schwächen die Handlungsfähigkeit der 27 Mitgliedstaaten und der europäischen Institutionen und damit auch die demokratische Einflussnahme und Teilhabe. Durch die Aufweichung von Gesetzen zum Umweltschutz untergraben sie den Europäischen Grünen Deal und die eigenen Ambitionen, bis 2050 klimaneutral zu werden. Auch für die öffentlichen Haushalte sind die Omnibusse ein schwerer Schlag. Denn die Kosten für Schädigungen von Umwelt und Gesundheit sowie die Verschärfung der Klimakrise durch Wirtschaftsunternehmen, werden auf sie abgewälzt und sollen von der Allgemeinheit getragen werden.

Die Omnibusse stehen für einen Paradigmenwechsel auf europäischer Ebene, hin zu einer Konzernunion. Dabei folgt die Europäische Kommission einer Empfehlung des argentinischen Ministers für Deregulierung unter Javier Milei, Federico Sturzenegger: so viele Vorschriften und Sektoren wie möglich gleichzeitig deregulieren, um die Aufmerksamkeit der Gegner*innen zu zerstreuen.[112] Um das „Teile und herrsche“-Prinzip dieser überbordenden Deregulierungswut zu durchbrechen, bleibt den Menschen in der EU nur eins: **Alle gemeinsam den Omnibus kapern!**

Quellenverzeichnis

1 The EU Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) explained. SOMO auf LinkedIn, 2024, https://www.linkedin.com/posts/somo_eu-csddd-explained-activity-7188852632919158784-RhDn/.

2 Vereinfachung der EU-Vorschriften. Europäischer Rat, https://www.consilium.europa.eu/de/policies/simplification/. (konsultiert am 7. Juni 2026)

3 The Omnibus Road to Constitutional Drift. Alberto Alemanno, Verfassungsblog, 12. November 2025, https://verfassungsblog.de/omnibus-legislation-europe-constitutional/.

4 Umweltomnibus, Agrar-Vereinfachungspakete & Co. Raphael Weyland, In: EUropainfo: Das Magazin des EU-Umweltbüros, 1/26. https://www.eu-umweltbuero.at/assets/EU-Umweltbuero/Magazin-EUropainfo/EUropainfo_Omnibusse_ONLINE.pdf

5 Proposal for a DIRECTIVE OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL amending Directives 2006/43/EC, 2013/34/EU, (EU) 2022/2464 and (EU) 2024/1760 as regards certain corporate sustainability reporting and due diligence requirements. Europäische Kommission, 26. Februar 2025, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:52025PC0081.

6 Empfehlung zur Einhaltung der Vorschriften für eine bessere Rechtsetzung und anderer Verfahrensvorschriften durch die Europäische Kommission bei der Ausarbeitung von Legislativvorschlägen, die sie als dringend erachtete (983/2025/MAS – Fall „Omnibus“, 2031/2024/VB – Fall „Migration“ und 1379/2024/MIK – Fall „CAP“). Europäische Bürgerbeauftragte, 25. November 2025, https://www.ombudsman.europa.eu/en/recommendation/de/215920.

7 Deregulating Better Regulation. Alberto Alemanno, Verfassungsblog, 29. April 2026, https://verfassungsblog.de/deregulating-better-regulation/.

8 This is what corporate capture looks like! How corporations run the EU deregulation agenda. Corporate Europe Observatory, März 2026, https://corporateeurope.org/sites/default/files/2026-03/REPORT_CORPORATE%20CAPTURE.pdf

9 Eröffnungsrede von Präsidentin von der Leyen zum Clean Industrial Deal auf dem Europäischen Industriegipfel. Europäische Kommission, 26. Februar 2025, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_25_628

10 Kompass für Wettbewerbsfähigkeit. Europäische Kommission, Januar 2025, https://commission.europa.eu/topics/competitiveness/competitiveness-compass_de

11 Eröffnungsrede von Präsidentin von der Leyen auf dem Europäischen Industriegipfel in Antwerpen. Europäische Kommission, 11. Februar 2026, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_26_382

12 Einfachere Regeln für eine stärkere Wirtschaft. Europäische Kommission, 27.März 2026, https://commission.europa.eu/topics/competitiveness/simplification_de

13 Europe's dangerous deregulation drift: How the EU's Omnibus Packages threaten Nature, Health and Democracy. Faustine Bas-Defossez, In: EUropainfo: Das Magazin des EU-Umweltbüros, 1/26. https://www.eu-umweltbuero.at/assets/EU-Umweltbuero/Magazin-EUropainfo/EUropainfo_Omnibusse_ONLINE.pdf

14 This is what corporate capture looks like! How corporations run the EU deregulation agenda. Corporate Europe Observatory, März 2026, https://corporateeurope.org/sites/default/files/2026-03/REPORT_CORPORATE%20CAPTURE.pdf

15 OPERATIONAL GUIDANCE – REALITY CHECKS. Europäische Kommission, März 2025, https://corporateeurope.org/sites/default/files/2026-03/Reality%20checks%20Operational%20guidance.pdf.

16 Joint Statement – Businesses call for fresh political engagement to renew economic integration in the single market. BusinessEurope, DIGITALEUROPE, ERT, Eurochambres and EuroCommerce, 27. Juni 2022. https://www.businesseurope.eu/wp-content/uploads/2025/02/2022-06-27_joint_industry_statement_on_the_single_market_-_27_june_2022-83a-1.pdf.

17 Reducing bureaucracy in these unprecedented times – French-German Paper on Better Regulation and Modern Administration in Europe. French government, 12. Oktober 2023. https://presse.economie.gouv.fr/12102023-reducing-bureaucracy-in-these-unprecedented-times-french-german-paper-on-better-regulation-and-modern-administration-in-europe/

18 The Antwerp Declaration for a European Industrial Deal. CEFIC et al, 20. Februar 2024, https://antwerp-declaration.eu/.

19 Eröffnungsrede von Präsidentin von der Leyen zum Clean Industrial Deal auf dem Europäischen Industriegipfel. Europäische Kommission, 26. Februar 2025, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_25_628.

20 Eröffnungsrede von Präsidentin von der Leyen auf dem Europäischen Industriegipfel in Antwerpen. Europäische Kommission, 11. Februar 2026, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_26_382.

21 Europe´s Choice: Political Guidelines for the next European Commission 2024-2029. Ursula von der Leyen, 18. Juli 2024, https://commission.europa.eu/document/download/e6cd4328-673c-4e7a-8683-f63ffb2cf648_en?filename=Political%20Guidelines%202024-2029_EN.pdf.

22 The future of European competitiveness, part B, in-depth analysis and recommendations. Mario Draghi, 9. September 2024, https://commission.europa.eu/topics/competitiveness/draghi-report_en#paragraph_47059.

23 Erklärung von Budapest zum Neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit. Europäischer Rat, 8. November 2024, https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/11/08/the-budapest-declaration/.

24 Kompass für Wettbewerbsfähigkeit. Europäische Kommission, Januar 2025, https://commission.europa.eu/topics/competitiveness/competitiveness-compass_de.

25 Commission work programme 2025: Moving forward together: A Bolder, Simpler, Faster Union. Europäische Kommission, 11. Februar 2025, https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:149fe240-e92c-11ef-b5e9-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_1&format=PDF.

26 The deregulation playbook. The case of Omnibus I. European Coalition for Corporate Justice, März 2026.

27 In Brussels, the far right can no longer be ignored. Politico, 14. November 2025, https://www.politico.eu/article/european-parliament-far-right-conservatives-cordon-sanitaire/.

28 Vereinfachung der EU-Vorschriften. Europäischer Rat, https://www.consilium.europa.eu/de/policies/simplification/. (Zugriff 13.05.2026)

29 Erstes Omnibus-Paket lockert Pflichten der CSDDD und der CSRD. KPMG Law, 17. März 2026, https://kpmg-law.de/erstes-omnibus-paket-soll-die-pflichten-der-csddd-csrd-und-der-eu-taxonomie-lockern/.

30 CBAM-Vereinfachungen treten in Kraft. Germany Trade & Invest, 03.11.2025, https://www.gtai.de/de/trade/eu/zoll/cbam-vereinfachungen-1874840.

31 Trilateral business forum. Joint declaration. CONFINDUSTRIA; BDI, MEF, 5.-6. November 2025, https://public.confindustria.it/repository/2025/11/06125155/documenti-forum-trilaterale-delle-impres-Joint-Declaration.pdf.

32 The deregulation playbook. The case of Omnibus I. European Coalition for Corporate Justice, März 2026.

33 US and EU Agree on Trade Framework Agreement – Implications for ESG/CSR Compliance. Ropes&Gray, 25. August 2025, https://www.ropesgray.com/en/insights/viewpoints/102l0q3/us-and-eu-agree-on-trade-framework-agreement-implications-for-esg-csr-complianc.

34 The 'Clean' Industrial Deal: a year of dirty lobbying. Corporate Europe Observatory, 24. Februar 2026, https://corporateeurope.org/en/2026/02/clean-industrial-deal-year-dirty-lobbying.

35 JOINT STATEMENT The big EU deregulation. Disastrous Omnibus proposal erodes EU's corporate accountability commitments and slashes human rights and environmental protections. European Coalition for Corporate Justice, 10. März 2025, https://corporatejustice.org/publications/joint-statement-the-big-eu-deregulation/.

36 Das „Omnibus-Paket zur Nachhaltigkeit“ (Omnibus I). Josef Baumüller, In: EUropainfo: Das Magazin des EU-Umweltbüros, 1/26. https://www.eu-umweltbuero.at/assets/EU-Umweltbuero/Magazin-EUropainfo/EUropainfo_Omnibusse_ONLINE.pdf.

37 CSDDD Datahub reveals law covers fewer than 3,400 EU-based corporate groups. SOMO, 21. Januar 2025. https://www.somo.nl/csddd-datahub-reveals-law-covers-fewer-than-3400-eu-based-corporate-groups/.

38 Weniger Verwaltungsaufwand: Kommission will Regeln für Nachhaltigkeit und EU-Investitionen vereinfachen. Europäische Kommission, 26. Februar 2025, https://germany.representation.ec.europa.eu/news/weniger-verwaltungsaufwand-kommission-will-regeln-fur-nachhaltigkeit-und-eu-investitionen-2025-02-26_de.

39 InvestEU. Europäische Investitionsbank Gruppe, https://www.eib.org/de/products/mandates-partnerships/investeu/index. (konsultiert am 21.05.2026)

40 VERORDNUNG (EU) 2025/2005 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 16. Dezember 2025 zur Änderung der Verordnungen (EU) 2015/1017, (EU) 2021/523, (EU) 2021/695 und (EU) 2021/1153 im Hinblick auf die Steigerung der Effizienz der EU-Garantie gemäß der Verordnung (EU) 2021/523 und die Vereinfachung der Berichtspflichten. Amtsblatt der Europäischen Union, 23. Dezember 2025, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:L_202502005.

41 Industry Support at All Costs: How InvestEU undermines The Just Transition. CounterBalance, 24. Februar 2026, https://counter-balance.org/publications/report/industry-support-at-all-costs-how-investeu-undermines-the-just-transition/.

42 Umweltomnibus, Agrar-Vereinfachungspakete & Co. Raphael Weyland; Omnibus und agrarpolitisches Rollback. Franziskus, Forster. In: EUropainfo: Das Magazin des EU-Umweltbüros, 1/26. https://www.eu-umweltbuero.at/assets/EU-Umweltbuero/Magazin-EUropainfo/EUropainfo_Omnibusse_ONLINE.pdf.

43 GAP-Omnibus: EU kippt zentrale Umweltstandards der Agrarpolitik. Deutscher Naturschutzring, 18.11.2025, https://www.dnr.de/aktuelles-termine/aktuelles/gap-omnibus-eu-kippt-zentrale-umweltstandards-der-agrarpolitik.

44 This is what corporate capture looks like! How corporations run the EU deregulation agenda. Corporate Europe Observatory, März 2026, https://corporateeurope.org/sites/default/files/2026-03/REPORT_CORPORATE%20CAPTURE.pdf.

45 Nature and climate protection takes another major hit in EU proposal to "simplify" agricultural policy. European Environmental Bureau, 14. Mai 2025, https://eeb.org/en/nature-and-climate-protection-takes-another-major-hit-in-eu-proposal-to-simplify-agricultural-policy/.

46 Feigenblatt „Vereinfachung" hölt abermals die EU-Agrarpolitik aus. Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, 16 Dezember 2025, https://www.abl-ev.de/aktuelles/details/feigenblatt-vereinfachung-hoelt-abermals-die-eu-agrarpolitik-aus.

47 Vom Hof auf den Tisch. Europäischer Rat, https://www.consilium.europa.eu/de/policies/from-farm-to-fork/. (konsultiert am 02.06.2026)

48 We have a deal. Emily Ritchey, T&E, In: LinkedIN, 13.06.2026, https://www.linkedin.com/feed/update/urn:li:activity:7471200027567357952/.

49 Fragen und Antworten zur Vereinfachung Omnibus IV. Europäische Kommission, 21. Mai 2025, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_25_1278.

50 This is what corporate capture looks like! How corporations run the EU deregulation agenda. Corporate Europe Observatory, März 2026, https://corporateeurope.org/sites/default/files/2026-03/REPORT_CORPORATE%20CAPTURE.pdf.

51 EU simplification plans should keep GDPR and on-product labelling strong. BEUC, 21. Mai 2025, https://www.beuc.eu/press-release/eu-simplification-plans-should-keep-gdpr-and-product-labelling-strong.

52 Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinien 2009/43/EG und 2009/81/EG im Hinblick auf die Vereinfachung der Verbringung von Verteidigungsgütern innerhalb der EU und die Vereinfachung der Beschaffung im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Europäische Kommission, 16. Juni 2025, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52025PC0823.

53 VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1907/2006, (EG) Nr. 1272/2008, (EU) Nr. 528/2012, (EU) 2019/1021 und (EU) 2021/697 hinsichtlich der Verteidigungsbereitschaft und der Erleichterung von Investitionen im Verteidigungsbereich und der Bedingungen für die Verteidigungsindustrie- Europäische Kommission, 17.Juni 2025, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52025PC0822.

54 Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Projekte zur Verteidigungsbereitschaft. Europäische Kommission, 17.Juni 2025, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52025PC0821.

55 Defence Readiness Omnibus. Europäische Kommission, https://defence-industry-space.ec.europa.eu/eu-defence-industry/defence-readiness-omnibus_en?prefLang=de. (konsultiert am 03. Juni 2026)

56 Positionspapier zum Defence Omnibus. BDLI, BDSV, Mai 2025, https://www.bdli.de/sites/default/files/2025-05/250501_BDLI-Position%20Defence%20Omnibus%20.pdf.

57 This is what corporate capture looks like! How corporations run the EU deregulation agenda. Corporate Europe Observatory, März 2026, https://corporateeurope.org/sites/default/files/2026-03/REPORT_CORPORATE%20CAPTURE.pdf

58 Defence Readiness Omnibus': Civil society calls on policymakers to prevent the weakening of arms exports control. Adéquations et al., 08. Mai 2026, https://enaat.org/wp-content/uploads/2026/05/OpenLetter_Omnibus-intra-EUtransfers_May2026_FINAL.pdf.

59 Call to Action. StopReArm Europe. https://stoprearm.org/. (konsultiert am 03. Juni 2026)

60 (UPDATED) Council and Parliament strike deal to simplify requirements for chemical products. Rat der Europäischen Union, 17. Juni 2026, https://r.newsletter.consilium.europa.eu/mk/mr/sh/1t6AVsd2XFnIGNShqbOnyEk2E4cKwA/qegvlh_ZBYhg.

61 Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EU) 2024/2865 im Hinblick auf Geltungsbeginn und Übergangsbestimmungen. Europäische Kommission, 8. Juli 2025, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52025PC0526.

62 Stärkere EU-Umweltgesetzgebung statt Deregulierung für unsere Gesundheit. Anne Stauffer, Esther Smollich, In: EUropainfo: Das Magazin des EU-Umweltbüros, 1/26. https://www.eu-umweltbuero.at/assets/EU-Umweltbuero/Magazin-EUropainfo/EUropainfo_Omnibusse_ONLINE.pdf.

63 Omnibus VI – Simplification of requirements and procedures for chemicals. Europäisches Parlament, April 2026, https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2026/785716/EPRS_ATA(2026)785716_EN.pdf.

64 VCI-Position kompakt: EU-CHEMIKALIENPOLITIK: REACH VEREINFACHEN. VCI, 08. Mai 2026, https://www.vci.de/ergaenzende-downloads/vci-position-kompakt-eu-chemikalienpolitik.pdf.

65 This is what corporate capture looks like! How corporations run the EU deregulation agenda. Corporate Europe Observatory, März 2026, https://corporateeurope.org/sites/default/files/2026-03/REPORT_CORPORATE%20CAPTURE.pdf.

66 Concerns about the Sixth Omnibus on chemicals. ClientEarth, 9. Juli 2025, https://ecostandard.org/wp-content/uploads/2025/07/2025-07-09_Joint-Letter_EC-chemicals-omnibus.pdf.

67 Omnibus VI. Simplification for chemicals legislation. The good Lobby, https://thegoodlobby.eu/omnibus-vi-simplification-for-chemicals-legislation/. (konsultiert am 04. Juni 2026)

68 Safeguarding human rights in simplification: EU's Omnibus VI Package on Chemicals. United Nations Human Rights, Regional Office Europe, Oktober 2025, https://europe.ohchr.org/sites/default/files/2025-10/ChemicalOmnibus_02102025.pdf.

69 An agile Digital Rulebook for the EU. Europäische Kommission, https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/digital-rulebook. (konsultiert am 04. Juni 2026)

70 The Ominous Omnibus. Dismantling the Right of Access to Personal Data. René Mahieu, Verfassungsblog, 03. Dezember 2025, https://verfassungsblog.de/digital-omnibus-right-of-access-to-personal-data/.

71 Article by article, how Big Tech shaped the EU's roll-back of digital rights. CEO, LobbyControl, 14. January 2026, https://corporateeurope.org/en/2026/01/article-article-how-big-tech-shaped-eus-roll-back-digital-rights.

72 73 EU agrees to simplify AI rules to boost innovation and ban 'nudification' apps to protect citizens. Europäische Kommission, 7. Mai 2026, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_26_1024.

74 This is what corporate capture looks like! How corporations run the EU deregulation agenda. Corporate Europe Observatory, März 2026, https://corporateeurope.org/sites/default/files/2026-03/REPORT_CORPORATE%20CAPTURE.pdf.

75 Press Release: Commission's Digital Omnibus is a major rollback of EU digital protections. EDRi, 19. November 2025, https://edri.org/our-work/commissions-digital-omnibus-is-a-major-rollback-of-eu-digital-protections/.

76 EU's plan to simplify digital laws to benefit mainly large companies at the expense of consumers. BEUC, 19. November 2025, https://www.beuc.eu/press-release/eus-plan-simplify-digital-laws-benefit-mainly-large-companies-expense-consumers.

77 EU: Digital omnibus proposals will tear apart accountability on digital rights. Amnesty International, 19. November 2025, https://www.amnesty.org/en/latest/news/2025/11/eu-digital-omnibus-proposals-will-tear-apart-accountability-on-digital-rights/.

78 Digital Omnibus: EU Commission wants to wreck core GDPR principles. NOYB, 19. November 2025, https://noyb.eu/en/digital-omnibus-eu-commission-wants-wreck-core-gdpr-principles.

79 Brussels is done being the world's digital policeman. Politico, 25. November 2025, https://www.politico.eu/article/brussels-police-world-digital-tech-us-china-regulations/.

80 Environmental Omnibus: EU Commission weakens another set of laws amid maladministration red flags. EEB, 10. Dezember 2025, https://eeb.org/en/environmental-omnibus-eu-commission-weakens-another-set-of-laws-amid-maladministration-red-flags/.

81 Fragen und Antworten zum Paket zur Vereinfachung der Umweltvorschriften. Europäische Kommission, 10. Dezember 2025, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_25_2998.

82 „EU Environment Omnibus" simplifying environmental legislation. BDI, 20. November 2025, https://bdi.eu/de/publications/publications/eu-environment-omnibus-simplifying-environmental-legislation.

83 This is what corporate capture looks like! How corporations run the EU deregulation agenda. Corporate Europe Observatory, März 2026, https://corporateeurope.org/sites/default/files/2026-03/REPORT_CORPORATE%20CAPTURE.pdf.

84 HandsOffNature. BirdLife et. al, https://handsoffnature.eu/. (konsultiert am 07.06.2026)

85 Environmental Omnibus: EU Commission weakens another set of laws amid maladministration red flags. EEB, 10. Dezember 2025, https://eeb.org/en/environmental-omnibus-eu-commission-weakens-another-set-of-laws-amid-maladministration-red-flags/.

86 Environmental Omnibus plan puts waste workers at serious risk. EPSU, 24. Juli 2025, https://www.epsu.org/article/environmental-omnibus-plan-puts-waste-workers-serious-risk.

87 Challenging outlook for meeting the EU's long-term environment and climate objectives. EEA, 10. Dezember 2025, https://www.eea.europa.eu/en/newsroom/news/challenging-outlook-for-meeting-the-eus-long-term-environment-and-climate-objectives.

88 Automotive Omnibus. Österreichische Bundesarbeitskammer, 27.4.2026, https://www.akeuropa.eu/de/automotive-omnibus.

89 Briefing: The Automotive Omnibus proposal and the new vehicle subcategory for small electric cars (M1E). ETSC, 13. März 2026, https://etsc.eu/briefing-the-automotive-omnibus-proposal-and-the-new-vehicle-subcategory-for-small-electric-cars-m1e/.

90 Das EU-Automobilpaket: „verwirrende Signale" mit Tendenz zur „Selbstverzwergung". Deutscher Naturschutzring, 17.12.2025, https://www.dnr.de/aktuelles-termine/aktuelles/das-eu-automobilpaket-verwirrende-signale-mit-tendenz-zur.

91 ACEA sets out critical conditions for a stronger EU automotive package. ACEA, 5. März 2026, https://www.acea.auto/press-release/acea-sets-out-critical-conditions-for-a-stronger-eu-automotive-package/.

92 T&E analysis of the European Commission proposal for the revision of the car CO_2 regulation. T&E, 3. Februar 2026, https://www.transportenvironment.org/articles/t-e-analysis-of-the-european-commission-proposal-for-the-revision-of-the-car-co2-regulation.

93 Deutsche Umwelthilfe bewertet Kommissionsvorschlag zur Abschaffung des Verbrenner-Aus als Kniefall vor den Dieselkonzernen. Deutsche Umwelthilfe, 16.12.2025, https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-umwelthilfe-bewertet-kommissionsvorschlag-zur-abschaffung-des-verbrenner-aus-als-kniefall-v/.

94 Position paper of the German Insurance Association (GDV) on the Automotive Omnibus, GDV, ohne Datum, https://www.gdv.de/resource/blob/193864/495d4298f6d019c21bc30cf41d751301/en-position-paper-on-the-automotive-omnibus-data.pdf.

95 Briefing: The Automotive Omnibus proposal and the new vehicle subcategory for small electric cars (M1E). ETSC, 13. März 2026, https://etsc.eu/briefing-the-automotive-omnibus-proposal-and-the-new-vehicle-subcategory-for-small-electric-cars-m1e/.

96 Driving a clean and competitive European automotive sector with an ambitious, flexible, and technology-neutral package. AECC, 11. März 2026, https://www.aecc.eu/wp-content/uploads/2026/03/260311-AECC-Automotive-Package-Position-Paper-final.pdf.

97 Pesticide Action Network raises alarm over 49 pesticides facing unlimited approval in EU 'omnibus' proposal. PAN, 5. Februar 2026, https://www.pan-europe.info/press-releases/2026/02/pesticide-action-network-raises-alarm-over-49-pesticides-facing-unlimited.

98 'Food and feed safety omnibus' threatens EU pesticide rules. PAN Europe, 21. Januar 2026, https://www.pan-europe.info/sites/pan-europe.info/files/public/resources/briefings/Position%20paper_%20%E2%80%98Food%20and%20feed%20safety%20omnibus%E2%80%99%20threatens%20EU%20pesticide%20rules%20.pdf.

99 Die Vorschläge der EU-Kommission zur Anpassung der Biozidprodukteverordung (BPR) gehen in die richtige Richtung. VCI, 12. Mai 2026, https://www.vci.de/themen/chemikaliensicherheit/biozide/bpr-anpassungen-im-omnibus-x.jsp.

100 Why the Food and Feed Safety Omnibus comes at a critical moment for EU agriculture. Olivier de Matos, CropLife Europe, 28. Mai 2026, https://www.theparliamentmagazine.eu/partner/article/why-the-food-and-feed-safety-omnibus-comes-at-a-critical-moment-for-eu-agriculture.

101 'Food and feed safety omnibus' threatens EU pesticide rules. PAN Europe, 21. Januar 2026, https://www.pan-europe.info/sites/pan-europe.info/files/public/resources/briefings/Position%20paper_%20%E2%80%98Food%20and%20feed%20safety%20omnibus%E2%80%99%20threatens%20EU%20pesticide%20rules%20.pdf.

102 Geplante Änderung der Zulassung von Pflanzenschutzwirkstoffen: Vorschläge der EU-Kommission verringern das Schutzniveau für Mensch und Umwelt. Leopoldina, Fokus Nr. 6, Juni 2026, https://www.leopoldina.org/fileadmin/user_upload/Dokumente/2026_Leopoldina_FOKUS_Pflanzenschutzmittel.pdf.

103 Die politischen Prioritäten der Kommission von der Leyen II. Europäisches Parlament, März 2026, https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2026/785656/EPRS_STU(2026)785656_DE.pdf.

104 Bessere Rechtssetzung. Europäische Kommission, https://commission.europa.eu/law/law-making-process/better-regulation_de. (konsultiert am 8. Juni 2026)

105 A Simpler, Clearer and Better Enforced EU Rulebook. Europäische Kommission, 28. April 2026, https://commission.europa.eu/document/download/75b997e8-ebe0-4954-9705-6b61bdb05b87_en?filename=com-2026-380_en.pdf.

106 EU Inc.: Eine neue harmonisierte gesellschaftsrechtliche Regelung. Europäische Kommission, https://commission.europa.eu/topics/business-and-industry/doing-business-eu/company-law-and-corporate-governance/eu-inc-new-harmonised-corporate-legal-regime_en?prefLang=de&etrans=de. (konsultiert am 08. Juni 2026)

107 EU Inc.: Ein 28. Regime der Unsicherheiten. Bundesnotarkammer, 20. April 2026, https://www.bnotk.de/aufgaben-und-taetigkeiten/zeitschriften/bnotk-international/details/eu-inc-ein-28-regime-der-unsicherheiten.

108 EU Inc: A corporate master plan to attack our rights. Corporate Europe Observatory, 09. Juni 2026, https://corporateeurope.org/en/2026/06/eu-inc-corporate-master-plan-attack-our-rights.

109 The 28th regime corporate legal framework. European Parliamentary Research Service, April 2026, https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2026/785710/EPRS_BRI(2026)785710_EN.pdf.

110 EU Inc.: A free pass for regime shopping. UNI Global Europa, 18. März 2026, https://www.uni-europa.org/news/eu-inc-a-free-pass-for-regime-shopping/.

111 Omnibus to Nowhere: The Quiet Dismantling of European Governance. Antoine Vauchez, Social Europe, 08. Juni 2026, https://www.socialeurope.eu/omnibus-to-nowhere-the-quiet-dismantling-of-european-governance.

112 What Britain and the EU Can Learn from Argentina on Deregulation. Ryan Bourne, CATO Institute, 18. Februar 2026, https://www.cato.org/commentary/what-britain-eu-can-learn-argentina-deregulation.

Wer ist PowerShift?

Wir zeigen Wege aus der Klimakrise. Unser Ziel ist eine ökologisch und sozial gerechte Welt. Mit umfassenden Recherchen durchleuchten wir politische Prozesse, benennen die Probleme eines ungerechten globalen Wirtschaftssystems und entwickeln Handlungsalternativen. Durch Advocacyarbeit bewegen wir Entscheidungsträger*innen in der Politik dazu, die nötigen politischen Rahmenbedingungen für Veränderung zu setzen. Wir führen Aktionen und Kampagnen durch und schmieden starke Netzwerke – mit anderen Organisationen, sozialen Bewegungen und Bürger*innen.

Gemeinsam mischen wir uns ein!